

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kay Gottschalk, Klaus Stöber, Jan Wenzel Schmidt, Jörn König und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/1551 –**

Sanktionen gegen Russland – Teil 1: Übersicht der Sanktionsmaßnahmen

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit einigen Monaten wurde seitens der Bundesregierung und ihren westlichen Partnern über wirtschaftliche Sanktionen gegen die Russische Föderation im Falle einer Konflikteskalation in der Ostukraine spekuliert (<https://www.rnd.de/politik/swift-was-ein-ausschluss-russlands-aus-dem-bankennetzwerk-bedeuert-wuerde-M2NACSWSV5ZQL63NNFQYPO63NI.html>).

So heißt es beispielsweise in einem Artikel vom 24. Januar 2022 der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (DGAP; <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/die-allianz-der-demokratien-muss-halten>): „Für Berlin sollten daher Waffenlieferungen an die Ukraine im Nato-Kontext genauso Thema sein wie die weitere Ausgestaltung eines kohärent gedachten Sanktionspakets, inklusive der Swift-Option. Nord Stream 2 [...] ebenso.“

Oder in einem Artikel vom 3. Januar 2022 im Magazin „Internationale Politik“ (https://internationalepolitik.de/de/vom-ende-des-reagierens-deutschland-einer-gefaehrlichen-welt?_ga=2.173908069.776123536.1645564525-1724155106.1645564631): „NATO-Verbündete bereiten politische, wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen vor, das europäische Zahlungssystem SWIFT ist ein Hebel.“

Medien berichteten bereits vor Ausbruch der „russischen Sonderoperation in der Ukraine“, dass Wirtschaftskrieg auch eine Form des Krieges sei, so z. B. „NTV“, 23. Februar 2022: „Russland-Sanktionen: Auch ein Wirtschaftskrieg ist ein Krieg [...] Bisher galt Putin als eiskalter und berechnender Machtmensch. Einer, der alles genau überlegt und plant. Seit seinem jüngsten Auftritt umtreibt Beobachter die Sorge, dass er ganz und gar irrationale Entscheidungen treffen könnte – bis hin zum offenen Krieg. Westliche Geheimdienste und Regierungsvertreter sind überzeugt, dass Putin einen Großangriff vorbereitet. [...] Mit ersten Wirtschaftssanktionen will der Westen den Kreml unter Druck setzen und zum Einlenken bewegen. Russland wird erste Folgen zu spüren bekommen – aber wir auch. Wie groß das ökonomische Echo wird, ist nicht seriös zu beziffern. Als sicher gilt aber, dass es zu einer Rückkopplung kommt. Egal, wie sich die aktuelle Lage entwickelt, die Geschichte zeigt: Auch bei einer Deeskalation bleiben Sanktionsmaßnahmen häufig erst einmal bestehen. Nach einer Entwicklung, wie sie aktuell im Ukraine-Konflikt zu beobachten ist, wird man nicht ohne Weiteres zu einer entspannten Tagesord-

nung zurückkehren können. Hoffentlich bleibt uns ein Krieg erspart. Aber selbst im besten Falle und so berechtigt die Strafen gegen Russland auch sind: In Deutschland werden Wirtschaft und Verbraucher die Folgen spüren.“

Die Präsidentin der Europäischen Kommission sowie die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, Italiens, des Vereinigten Königreichs, Kanadas und der Vereinigten Staaten gaben am 26. Februar 2022 Folgendes bekannt (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_1423/; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_22_1423/): „Wir, die Präsidentin der Europäischen Kommission sowie die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, Italiens, des Vereinigten Königreichs, Kanadas und der Vereinigten Staaten verurteilen Putins Kriegsentscheidung und die Angriffe auf die souveräne Nation und Bevölkerung der Ukraine. Wir stehen an der Seite der ukrainischen Regierung und des ukrainischen Volkes in ihren heldenhaften Bemühungen, sich Russlands Invasion zu widersetzen. Russlands Krieg stellt einen Angriff auf grundlegende internationale Regeln und Normen dar, die seit dem Zweiten Weltkrieg gelten und für deren Verteidigung wir uns entschlossen einsetzen. Wir werden Russland zur Rechenschaft ziehen und gemeinsam dafür sorgen, dass dieser Krieg ein strategisches Versagen für Putin ist.“

Parallel zu unseren diplomatischen Bemühungen und unserer Zusammenarbeit zur Verteidigung unserer Grenzen und zur Unterstützung der ukrainischen Regierung und des ukrainischen Volkes in ihrem Kampf haben wir – wie auch unsere Verbündeten und Partner in der ganzen Welt – in der vergangenen Woche strenge Maßnahmen gegen wichtige russische Institutionen und Banken sowie gegen die Architekten dieses Krieges, einschließlich des russischen Präsidenten Wladimir Putin, verhängt.

Während die russischen Streitkräfte ihren Angriff auf Kiew und andere ukrainische Städte verstärken, sind wir entschlossen, Russland weitere Sanktionen aufzuerlegen, wodurch Russland noch stärker vom internationalen Finanzsystem und unseren Volkswirtschaften isoliert wird. Wir werden diese Maßnahmen in den kommenden Tagen umsetzen.

Insbesondere verpflichten wir uns, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Erstens werden wir dafür sorgen, dass ausgewählte russische Banken aus dem SWIFT-Nachrichtensystem ausgeschlossen werden. Dadurch wird sichergestellt, dass diese Banken vom internationalen Finanzsystem abgekoppelt werden und ihre Fähigkeit, global zu agieren, beeinträchtigt wird.

Zweitens werden wir restriktive Maßnahmen verhängen, mit denen die russische Zentralbank daran gehindert wird, ihre Währungsreserven in einer Weise einzusetzen, die die Auswirkungen unserer Sanktionen untergräbt.

Drittens werden wir gegen die Menschen und Organisationen vorgehen, die den Krieg in der Ukraine und die schädlichen Aktivitäten der russischen Regierung unterstützen. Insbesondere verpflichten wir uns, Maßnahmen zu ergreifen, um den Verkauf von Staatsbürgerschaften („Goldene Pässe“) zu beschränken, mit denen wohlhabende Russen, die mit der russischen Regierung verbunden sind, Bürger unserer Länder werden und Zugang zu unseren Finanzsystemen erhalten können.

Viertens werden wir in dieser Woche eine transatlantische Task Force einsetzen, die die wirksame Umsetzung unserer finanziellen Sanktionen sicherstellen wird, indem sie die Vermögenswerte von Personen und Unternehmen, gegen die Sanktionen verhängt wurden, in unseren Hoheitsgebieten ermittelt und einfriert. Im Rahmen dieser Bemühungen werden wir Sanktionen und andere Finanz- und Durchsetzungsmaßnahmen gegen weitere russische Amtsträger und Eliten im Umfeld der russischen Regierung sowie gegen deren Familien und Unterstützer verhängen, um die Vermögenswerte, die sie in unseren Hoheitsgebieten halten, zu ermitteln und einzufrieren. Wir werden auch andere Regierungen einbeziehen und darauf hinarbeiten, die Verschiebung von unrechtmäßig erzielten Gewinnen aufzudecken und zu unterbinden, und die-

sen Personen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Vermögenswerte überall auf der Welt zu verstecken.

Schließlich werden wir unseren Kampf gegen Desinformation und andere Formen der hybriden Kriegsführung stärker koordinieren.

Wir stehen in dieser dunklen Stunde an der Seite des ukrainischen Volkes. Auch über die heute angekündigten Maßnahmen hinaus sind wir bereit, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Russland für seinen Angriff auf die Ukraine zur Rechenschaft zu ziehen.“

Darüber hinaus war der Presse und seitens der Bundesregierung zu vernehmen, dass sich Japan, als asiatisches Mitglied der G7, den SWIFT-Sanktionen anschließt. Dazu die Bundesregierung (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/die-bundesregierung-begruesst-japans-entscheidung-sich-den-sanktionen-gegen-russland-anzuschliessen-2008242>): „Wir begrüßen und unterstützen die rasche Entscheidung von Japans Premierminister Kishida, sich der gemeinsamen Erklärung vom 26. Februar über weitere restriktive Wirtschaftsmaßnahmen gegen Russland anzuschließen. Deutschland freut sich darauf, sich in den kommenden Tagen als G7-Vorsitz eng mit Japan und den übrigen Partnern über die in der besagten Erklärung genannten Maßnahmen abzustimmen.“

US-Präsident Joe Biden kommentierte die Ausrufung der Sanktionen laut Presseberichten wie folgt (<https://www.berliner-zeitung.de/news/us-praesident-joe-biden-entweder-sanktionen-oder-weltkrieg-li.214191>): „Ukraine: US-Präsident Joe Biden: Entweder Sanktionen oder Dritter Weltkrieg. In einem aktuellen Interview sagt Biden, Russland werde „kurzfristig und langfristig, vor allem langfristig, einen hohen Preis zahlen“.“

Das Murdoch-Medium „The U.S. Sun“ meldete am 25. Februar 2022 (<https://www.the-sun.com/news/4771384/warning-us-hit-debilitating-strike-space-war-russia/>): „Galactic Battle. Warning US could be ‘hit with most debilitating strike EVER’ in space war with Russia after chilling ISS threat.“

Laut Medienberichten haben die USA am 24. Februar 2022 auch Sanktionen gegen Weißrussland verhängt (<https://snanews.de/20220224/usa-verhaengen-gegen-weissrussland-sanktionen-5528840.html>): „USA verhängen auch gegen Weißrussland Sanktionen. Vor dem Hintergrund der russischen Militäroperation im Donbass haben die USA Sanktionen auch gegen Weißrussland verhängt. »Als Teil einer ernsthaften und groß angelegten Reaktion der USA auf die weitere Invasion Russlands in der Ukraine verhängt das US-Finanzministerium Sanktionen gegen 24 Einzelpersonen und Organisationen in Belarus wegen der Unterstützung dieser Invasion«, teilte das US-Finanzministerium am Donnerstag mit.“

Präsident Alexander Lukaschenko äußerte sich dazu am 27. Februar 2022 besorgt (<https://snanews.de/20220227/russland-sanktionen-drittem-weltkrieg-5570879.html>): „Westen regt Russland mit Sanktionen zu drittem Weltkrieg an [...] Gefragt nach dem Sanktionsdruck seitens des Westens auf Russland sagte Lukaschenko, dass Moskau zum »dritten Weltkrieg« angeregt werde.

»In dieser Situation müssen Sie eines verstehen: Es gibt solche Sanktionen. Jetzt wird viel über den Bankensektor geredet. Gas, Öl, SWIFT. Das ist schlimmer als Krieg. Das drängt Russland in einen dritten Weltkrieg. Deshalb müssen wir hier zurückhaltend sein, um nicht in Schwierigkeiten zu geraten. Denn ein Atomkrieg ist das Ende«, betonte Lukaschenko.

Die Reaktion von Minsk und Moskau auf die Strafmaßnahmen würde substantiell sein. Aber die beiden Länder würden vorsichtig handeln, um nicht selbst zu Schaden zu kommen.“

1. Welche Institutionen werden der „transatlantische[n] Task Force, [...] die die wirksame Umsetzung unserer finanziellen Sanktionen sicherstellen“ (siehe Zitat in der Vorbemerkung der Fragesteller, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_22_1423) soll, angehören (bitte auflisten und ihre Funktion erläutern)?

Die „REPO Group“ (Russian Elites, Proxies and Oligarchs) wurde von der G7 eingesetzt. Neben den Ländern der G7 (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, die USA und das Vereinigte Königreich) ist auch die Europäische Kommission ständig vertreten. Zusätzlich nimmt Australien teil.

Die Arbeitsgruppe tagt auf politischer Ebene (Ministerinnen und Minister bzw. deren Vertretungen – das erste Treffen fand am 16. März 2022 statt) sowie auch auf Arbeitsebene (fachliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Ministerien). Fachlich betroffen sind insbesondere die Bereiche Finanzen, Justiz, Inneres und Wirtschaft/Handel.

2. Welche Sanktionen (Stopp Nord Stream 2, SWIFT-Ausschluss etc.) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bislang mit welchem konkreten Zweck verhängt (bitte die Maßnahmen in Tabellenform, mit Erläuterung der beabsichtigten monetären respektive finanziellen und anderweitigen Schädigung und mit Erläuterung der möglichen monetären respektive finanziellen und anderweitigen Rückwirkungen auf die sanktionsverhängenden Staaten, Deutschland, Eurozone, EU gesamt, Nordamerika, Japan sowie die restliche Welt insgesamt auflisten)?

Die EU hat zusammen mit ihren Partnern präzedenzlose und massive Sanktionen verhängt. Diese umfassen u. a. Listungen von Individualpersonen und Entitäten, Export- und Importrestriktionen, Finanz- und weitere Maßnahmen. Es wird für eine umfassende, aktuelle Darstellung der Maßnahmen auf die Seite des Rates verwiesen – www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/.

Die Sanktionen haben nach Einschätzung/Kennntnis der Bundesregierung die russische Wirtschaft schwer getroffen und werden insbesondere in ihrer Dauer weitere Wirkung entfalten. Dabei zielen die Maßnahmen darauf, die verantwortlichen Personen, ihre Unterstützer und für Russland relevante Schlüssel-sektoren zu treffen sowie die Finanzierungsmöglichkeiten des russischen Staates drastisch zu beschneiden, mit dem Ziel, dass die Kampfhandlungen eingestellt werden. Die harten Sanktionen bleiben aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen auch für die sanktionierenden Staaten nicht ohne Wirkung. Auf entsprechende Wirtschaftsprognosen wie etwa das Frühjahrsgutachten des Sachverständigenrats der deutschen Wirtschaft sei exemplarisch verwiesen, vgl. www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de.

3. Wurden die Maßnahmenpakete mit der Bundesbank bzw. der EZB in deren Funktion als Bankenaufseherin, als Bewahrerin des angestrebten symmetrischen 2-Prozent-Inflationsziels, der Finanzmarktstabilität und der Zahlungsverkehrssicherheit sowie mit dem Single Resolution Board (SRB) abgestimmt?
 - a) Wenn ja, in welcher Form, und mit welchem Ergebnis, und wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die EZB und das SRB zu den möglichen Auswirkungen auf die Inflation, die Finanzmarktstabilität, die Zahlungsverkehrssicherheit und potenziellen Bankenabwicklungen geäußert?

Die Fragen 3 und 3a werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung steht im Austausch mit der Bundesbank und berücksichtigt deren Erkenntnisse und Einschätzung als zuständige Behörde für die Einhaltung der Finanzsanktionen. Die Abstimmung der europäischen Sanktionspakete findet in den maßgeblichen Gremien des Rates der Europäischen Union und mit der Europäischen Kommission statt.

- b) Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zentralbanken und/oder Aufsichtsbehörden der anderen beteiligten Staaten, z. B. das Federal Reserve System, dazu geäußert?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Kenntnisse vor. Grundsätzlich findet ein kontinuierlicher Dialog der Bundesregierung und der EU mit ihren internationalen Partnern auch zu Sanktionsmaßnahmen statt.

- c) Gab es Konsultationen, und wenn ja welche, auf Ebene des Financial Stability Boards (FSB) bzw. der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) dazu?

Der FSB konsultiert u. a. zu übergeordneten Themen der Finanzmarktstabilität, nicht jedoch zu konkreten nationalen oder europäischen Maßnahmenpaketen. Auch der BIZ kommt keine originäre Aufgabe bei der Verabschiedung von Sanktionen in der EU zu.

4. Werden die Wirtschaftssanktionen gegen Russland (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) nach Kenntnis der Bundesregierung mit der NATO abgestimmt?
 - a) Wenn ja, in welcher Form?
 - b) Wenn ja, welche Rolle spielt ggf. die Cyberkriegsführung (<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/cyberwar-hackernetzwerk-anonymous-ukraine-russland-krieg-voelkerrecht-internet-kipker/>; <https://www.derstandard.de/story/2000133232417/insider-ezb-warnt-banken-wegen-ukraine-krise-vor-russischen-hackern>; <https://www.csoc.de/hybrid-kriegsfuehrung-im-cyberraum-stellt-uns-vor-neue-herausforderungen/>; <https://www.nzz.ch/technologie/die-gefahr-steigt-drohen-dem-westen-nun-russische-cyberangriffe-auf-das-stromnetz-ld.1671502>) in diesem Bereich, ist die technische Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte (Zahlungsverkehrssystem, Target-2, Target-2-Securities, Central Securities Depository [CSD] etc.) sichergestellt, und welche Risiken und Schwächen wurden in diesem Bereich identifiziert?

- c) Wenn ja, welche Rolle spielt ggf. die Weltraumkriegsführung (<https://www.japcc.org/potential-counter-space-scenarios-on-day-zero/>; <https://taz.de/Plaene-der-Nato-fuer-Basis-in-Deutschland/!5721839/>; <https://www.welt.de/wirtschaft/plus235088544/Abschuss-von-Satelliten-Russland-probt-den-Weltraumkrieg.html>; <https://digitalcommons.usf.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1720&context=jss>; <https://thebulletin.org/premium/2022-01/a-china-us-war-in-space-the-after-action-report/>; <https://medium.com/swlh/deterrence-isnt-just-for-nukes-7c451a99c37b>; <https://www.berliner-zeitung.de/news/weltraum-krieg-nato-wil-l-space-center-in-ramstein-li.112532>; <https://www.welt.de/wirtschaft/article197483339/Wettruerten-im-All-Frankreich-entwickelt-Anti-Satelliten-Laserwaffe.html>; <https://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/plus237698519/Starlink-Elon-Musks-Satelliteninternet-dient-fuer-Angriffe-gegen-Russen.html>; <https://www.stern.de/digital/online/starlink--so-helfen-elon-musks-satelliten-beim-angriff-auf-russische-panzer-31721314.html>) in diesem Bereich, ist die technische Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte (Steuerung über Satellitensignale, wie z. B. GPS, Galileo etc., Zahlungsverkehrssysteme, Target-2, Target-2-Securities, Central Securities Depository etc.) sichergestellt, und welche Risiken und Schwächen wurden in diesem Bereich identifiziert?

Mit der NATO findet keine Abstimmung zu Wirtschaftssanktionen gegen Russland statt.

5. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welcher Form das in der Schweiz und im Vereinigten Königreich ansässige Devisenabwicklungssystem Continuous Linked Settlement (CLS; https://www.snb.ch/de/mmr/reference/continuous_linked_settlement/source/continuous_linked_settlement.de.pdf; https://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qt0212ger_f.pdf) und dessen Verlinkung zur Zahlungsverkehrsinfrastruktur der Eurozone bzw. EU von den Sanktionen betroffen ist?
- a) Wenn ja, welche?
- b) Wenn ja, wie haben sich die Vertreter der Bundesregierung bzw. die deutschen Vertreter im Financial Stability Board (<https://www.fsb.org/>; <https://www.fsb.org/about/organisation-and-governance/members-of-the-financial-stability-board/>) dazu verhalten bzw. welche Einschätzungen wurden vom FSB zur (möglichen) CLS-Sanktionierung Russlands im Speziellen und zur Rolle der Schweiz im Allgemeinen (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/russland-rohstoffhandel-schweiz-101.html>; <https://www.zeit.de/2022/11/russland-oe-l-schweiz-ukraine-krieg>) vorgenommen?
- c) Wenn ja, welcher Staat bzw. welche Behörde müsste hier tätig werden, um ggf. mit dem CLS zusammenhängende Sanktionsmaßnahmen anzuordnen und durchzusetzen bzw. zu überwachen?

Die Fragen 5 bis 5c werden gemeinsam beantwortet.

Dazu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

- d) Kann die Kontrolle des CLS nach Kenntnis der Bundesregierung automatisiert erfolgen oder sind einzelne Aufsichtsmaßnahmen bzw. analoge Prüfungsvorgänge nötig, um die notwendigen Informationen sicherzustellen?

Die Kontrolle von CLS obliegt den zuständigen Behörden der Länder, in denen CLS seinen Sitz hat bzw. tätig ist. CLS Bank International als zentrales Abwicklungsinstitut hat seinen Sitz in New York und unterliegt damit der Regulierung und Aufsicht des Federal Reserve Systems. Aufgrund des Mehrwährungssystems – einschließlich Euro – ist ein internationales Komitee u. a. mit den

G10-Notenbanken des Eurosystems sowie der Europäischen Zentralbank bei der Überwachung involviert. Dem gehört auch die Deutsche Bundesbank an. Die Risikoüberwachung der Abwicklungsteilnehmer findet im Rahmen der üblichen Institutsüberwachung statt.

6. Welche Staaten beteiligen sich nach Kenntnis der Bundesregierung bisher an den Sanktionen gegen Russland (bitte die Staaten und deren jeweilige Beteiligung an den Sanktionsmaßnahmen auflisten)?

Die Bundesregierung stimmt sich zu Reaktionen auf den russischen Angriff auf die Ukraine eng mit ihren internationalen Partnern ab. Angesichts der Schwere des Völkerrechtsverstößes durch die gravierende Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine wurden in enger Abstimmung innerhalb der Europäischen Union und insbesondere mit den G7-Partnerstaaten präzedenzlose Sanktionen gegen die Russische Föderation und wegen seiner Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auch gegen Belarus verhängt.

Neben der Europäischen Union und den EU- und G7-Partnerstaaten haben eine Vielzahl weiterer Länder Sanktionen gegen Russland verhängt. Dazu gehören unter anderem Albanien, Australien, Andorra, Island, Liechtenstein, Montenegro, Neuseeland, Nord-Mazedonien, Norwegen, San Marino, die Schweiz, Singapur, Südkorea. Verhängte Maßnahmen beinhalten u. a. Personen- und Entitätenlistungen, Maßnahmen im Finanzbereich sowie Ex- und Importrestriktionen.

7. Welche Staaten beteiligen sich nach Kenntnis der Bundesregierung bisher an den Sanktionen gegen Weißrussland (bitte die Staaten und deren jeweilige Beteiligung an den Sanktionsmaßnahmen auflisten)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung haben u. a. Albanien, Australien, Japan, Kanada, Liechtenstein, Schweiz, Südkorea, die USA und das Vereinigte Königreich ebenfalls Sanktionen gegen Belarus verhängt.

8. Gelten nach Kenntnis der Bundesregierung für Weißrussland die gleichen Sanktionen wie für Russland?
 - a) Wenn nein, welche Unterschiede gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung?
 - b) Was ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Begründung für die Sanktionen gegen Weißrussland?

Die Fragen 8 bis 8b werden zusammen beantwortet.

Die verhängten Sanktionen gegen Belarus spiegeln die gegen Russland verhängten Sanktionsmaßnahmen nicht vollumfänglich. Für einen umfassenden Überblick über die bestehenden Sanktionsregime gegen Belarus wird auf die „EU sanctions map“ verwiesen, vgl. (<https://sanctionsmap.eu/#/main/details/2/?search=%7B%22value%22:%22%22,%22searchType%22:%7B%7D%7D>). Die Entscheidung und ihre Begründung trägt die Bundesregierung mit; sie können auf der genannten Seite eingesehen werden.

9. Welche Folgen wird bzw. könnte es für jene Staaten, die sich nicht an den Sanktionen beteiligen (<https://www.jungewelt.de/artikel/423078.wirtschaftskrieg-gegen-moskau-keineswegs-isoliert.html>; <https://www.handelszeitung.ch/musterportfolios/borse-verstehen/russland-halt-die-freundschaft-mit-china-und-indien-auch-im-krieg>), seitens der Bundesregierung, seitens der G7, seitens der NATO und/oder seitens einzelner Staaten und/oder Staatengruppen, wie z. B. die USA und das Vereinigte Königreich, nach Kenntnis der Bundesregierung haben?

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass Drittstaaten sich den Sanktionen anschließen und fordert nachdrücklich, dass diese nicht umgangen werden. Gespräche zu geplanten Maßnahmen anderer Staaten oder Staatengruppen unterliegen grundsätzlich der Vertraulichkeit zwischen den internationalen Partnern.

10. Ist es seitens der Bundesregierung und/oder nach Kenntnis der Bundesregierung seitens ihrer Sanktionierungspartner, z. B. die USA und das Vereinigte Königreich, vorgesehen, ähnlich wie bei den unilateralen US-Sanktionen gegen den Iran, die bis dato auch europäische Unternehmen mit Strafen belegen, wenn sie gegen den Willen der USA Geschäfte mit dem Iran betreiben (<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2018/heft/6/beitrag/iran-sanktionen-optionen-fuer-die-europaeische-union.html>), Länder oder Unternehmen anderer Länder, die sich nicht an den Sanktionen der EU, des Vereinigten Königreiches und der USA bzw. der G7-Staaten und anderer Partner des Westens halten, ebenfalls mit Sanktionen zu belegen?
 - a) Wenn ja, mit welchen Strafen und Sanktionen müssten jene sanktionsverweigernden Staaten rechnen, bzw. was ist diesbezüglich seitens der Bundesregierung in Planung, bzw. was ist der Bundesregierung dazu bekannt?

Die Bundesregierung lehnt extraterritoriale Sanktionen ab, wenn kein Anknüpfungspunkt zur eigenen Jurisdiktion besteht. Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung darüber hinaus nicht vor.

11. Wie hat das Instrument in Support of Trade Exchanges (Instex), welches von Deutschland, Frankreich und Großbritannien zur Umgehung der Iran-Sanktionen gegründet wurde (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-01/zweckgesellschaft-instex-iran-atom-abkommen-us-sanktionen-eu-laender-umgehun>), funktioniert?

Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten, die durch INSTEX ermöglicht werden sollen, liegt auf Wirtschaftsbereichen mit großer Bedeutung für das tägliche Leben der Iranerinnen und Iraner. Dazu gehören humanitäre Exporte wie zum Beispiel Arznei- und Lebensmittel. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 30 des Abgeordneten Omid Nouripour auf Bundestagsdrucksache 19/25900 verwiesen.

- a) Warum wurde es geschaffen, und konnte der Ausschluss Irans aus dem SWIFT-System damit kompensiert werden?

Hierzu wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 21 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/1349 verwiesen.

- b) Welche Schritte könnten seitens Deutschlands, der EU, der USA usw. unternommen werden, sollten andere Staaten eine ähnliche Konstruktion, wie Instex ins Leben rufen, um die aktuellen Russland-Sanktionen zu umgehen?

Die Bundesregierung wirbt für ein möglichst breites internationales Bündnis und ruft dazu auf, sich den Sanktionen der EU anzuschließen.

